



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein
Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Wilhelm-Grunwald-Str. 48-50, 15827 Blankenfelde

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

INFO 59

Blankenfelde, im Januar 2011

An unsere Leser: Fragen Sie sich immer, auch wenn Sie unsere INFO lesen: Was ist richtig - was ist falsch? Was ist wahr - was ist unwahr?

Legen Sie diesen Maßstab an alle Propaganda an, die über den BBI und über Flugrouten verbreitet wird? Dann vergleichen Sie mit dem, was Sie hier lesen!

Aufruf des BVBB zum Protestmarsch am 23. Januar 2011

Ab 12:30 Uhr geht der BVBB Protestmarsch ab „Airport Center“ S-Bahnhof Schönefeld in Richtung A113 und dann zurück zum „Airport Center“. Der BVBB will mit einem in der Öffentlichkeit sichtbaren und hörbaren Protest seine Forderung nach Baustopp BBI und Aufgabe des Standortes Schönefeld unabdingbare Forderung demonstrativ stützen.

Wir wollen öffentlich machen, dass mit Flugroutenregelungen der Fluglärmterror über unserer Region nicht beseitigt wird. Kein Fluglärm über der Region zwischen Zeuthen, Müggelheim/Gosen, Lichtenrade, Teltow, Stahnsdorf, Bohnsdorf, Waltersdorf, Kleinmachnow Blankenfelde/Mahlow, Potsdam oder Ludwigsfelde heißt: Keinen Großflughafen in Schönefeld! Wer Schönefeld will, will auch den Fluglärm!

Im Anschluss an den Protestmarsch besteht dann noch die Möglichkeit zur Teilnahme an der Kundgebung anderer bis auf dem Parkplatz hinter dem Airport Center. Hier soll auch deutlich gemacht werden, dass ein Baustopp und die Standortaufgabe die einzige Möglichkeit ist, Fluglärm über der Region auszuschließen.

- Es kann nicht darum gehen die Einen zu Lasten der Anderen vom Fluglärm zu verschonen. Die Region soll nicht Opfer des egoistischen Sankt-Florian-Prinzips werden.
- Es kann nicht darum gehen, die Hoffnung zu nähren, dass durch Flugrouten eine Chance besteht, den Fluglärmteppich nach Beliebigkeit zu begrenzen.
- Es kann nicht darum gehen die Botschaft zu vermitteln, dass die „Deutsche Flugsicherung“ (DFS) auf politischen Druck und wegen Bürgerprotesten Flugrouten festlegt, die zur Entlastung einiger Regionen führen und dafür andere Regionen doppelt und dreifach belasten.
- Man muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass nur die Deutsche Flugsicherung (DFS) Herr des Verfahrens zur Festlegung von Flugrouten ist und nicht die Politik oder Bürgerinitiativen.
- Wer glaubt, dass Wowereit und Platzeck ihre Zustimmung zu Flugrouten geben, die den BBI wegen einer ewigen Begrenzung der Flugkapazitäten zu einem besseren Dorfflughafen macht, der erliegt dem Selbstbetrug.

Flugrouten, die so festgelegt würden, sind rechtswidrig und darum wird es sie so nicht geben. Wer die Hoffnung auf rechtswidrige Flugrouten hat, muss wissen, dass gegen rechtswidrige Flugrouten geklagt wird. Mit der Flugroutendiskussion wollen Wowereit und Platzeck ihre wahren Absichten vertuschen, nämlich den BBI mit einem 24-Stunden-Betrieb rücksichtslos gegen den Willen von 200.000 Betroffenen durchzusetzen.

Rechtslage und Logik lassen nur eine Position zu:

Wer heute und in Zukunft keinen Fluglärm will, der muss den Baustopp und die Aufgabe des Standortes Schönefeld politisch oder durch Klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht erzwingen. Darum hat sich der BVBB dazu entschlossen, auch weiterhin mit allen Mitteln gegen den ungeeigneten Standort zu kämpfen. Der BVBB weiß, dass dieser Kampf nur konstruktiv, das heißt, mit einem Nachnutzungskonzept für die BBI-Investitionen und dem Neubau eines international wettbewerbsfähigen Drehkreuzflughafens in Sperenberg zu gewinnen ist. Im Februar 2011 wird der BVBB hierzu ein Konzept veröffentlichen.

Die Teilnahme an Protestveranstaltungen, Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss zum BBI-Standort Schönefeld sind darum Ausdruck des Willens zum Baustopp und Demonstrationen für einen „BBI mit Zukunft“.

Der BVBB hat die Wahrheit ans Licht gebracht

Wenn jetzt auch die Bürger in Zeuthen, Wernsdorf, Lichtenrade, Mahlow Nord, Stahnsdorf, Teltow, Kleinmachnow oder am Wannsee wütend gegen die BBI Folgen protestieren, mit Erschrecken feststellen, dass sie über die tatsächlichen Folgen des BBI Lärmterrors erst seit Anfang September 2010 informiert wurden, dann können es die Bürger am Besten verstehen, die seit über 10 Jahren wussten, was Fluglärm bedeutet.

Der BVBB als einzige Bürgerinitiative, die die Interessen dieser über 100.000 Betroffenen unnachgiebig vertreten hat, hat immer gesagt, dass es bei diesen 100.000 nicht bleiben wird. Schon auf der dreimonatigen Anhörung zum Bauantrag des BBI in Berlin-Oberschöneweide in 2001, in zahlreichen Einwendungen, in Schriftsätzen gegen die Klage zum Planfeststellungsbeschluss vor dem Bundesverwaltungsgericht in 2006 und in zahlreichen Veröffentlichungen hat der BVBB immer wiederholt: Die Angaben über den kommenden Lärmteppich sind falsch, vertuscht und darum eine bewusste Irreführung.

Der BVBB hat immer wieder auf die absichtliche Desinformation durch die zuständigen Behörden und die Flughafengesellschaft (FBS) hingewiesen. Mit unglaublichem Aufwand an Propaganda zur Vertuschung von Pleiten, Pech und Pannen der Standortfehlentscheidung ist es ihnen bisher gelungen, Hunderttausende für dumm zu verkaufen. Sie bemerkten erst die Tragik ihrer Situation, nachdem der BVBB am 24.08.2010 und die Deutsche Flugsicherung (DFS) am 06.09.2010 die Wahrheit über die möglichen Flugrouten ans Licht beförderte. Schlimmer noch: In den folgenden Wochen hat der BVBB dank „glücklicher Fügungen“ und durch systematisch vorgenommene Akteneinsichten das ganze Ausmaß von Manipulationen und Vertuschungen der bis dato den Betroffenen unbekanntes Aktenlage bekannt gemacht. Es gehört darum zur Wahrheit, dass es nur in Kenntnis dieser vom BVBB zutage geförderten Dokumente eine Grundlage für „Neu-Betroffene“ gibt, auch den Versuch zu wagen, sich mit rechtlichen Mitteln zu Wehr zu setzen.

Es gibt keinen Weg vorbei an der Wahrheit - Realismus gegen Selbstbetrug

Fragen Sie sich: Was ist „verrückter“, länger als 50 Jahre über 200.000 Menschen einem krank machenden Fluglärm auszusetzen oder eine Baustopp des BBI in Schönefeld zu fordern und eine Nachnutzung des Baugeländes einschließlich des Bau eines neuen Flughafens zu fordern, der in Sperenberg sein müsste? Die Antwort ist einfach: bleibt der BBI in Schönefeld, dann gibt es über unseren dicht besiedelten Gebieten für 200.000 Menschen 50 und mehr Jahre Fluglärm und Diskussionen über Flugrouten. Fragen Sie sich, was passiert, wenn die Flugrouten nicht so genehmigt werden, wie Sie es sich erhoffen? Die Antwort ist ganz einfach: Ob Sie zum Beispiel in Zeuthen, Müggelheim, Lichtenrade, Blankenfelde, Bohnsdorf, Kleinmachnow oder Ludwigsfelde wohnen, Sie müssen 1000 Überflüge, also 1000 mal täglich den Fluglärm ertragen. Das zu wollen ist wirklich verrückt, wer so etwas fordert, der betrügt sich selbst!

Wahrheiten, die die BBI-Befürworter nicht hören wollen

Der Fluglärmterror macht Generationen von Menschen krank, raubt ihnen ihre Lebensqualität, entwertet ihr Eigentum! 100.000 Menschen werden ihrer Nachtruhe beraubt! Das Leben von Kindern in KITAS, Horten und Schulen findet in Akustikkäfigen bei künstlicher Belüftung und geschlossenen Fenstern statt! Nicht anders geht es zu Hause zu, Schlafräume mit Luftzufuhr durch Ventilatoren, immer geschlossene Fenster! Zum unmenschlichen Lärm und seinen Folgen kommt noch eine Umweltverschmutzung durch die Verbrennung von Kerosin, die schlimmer ist als alles, was in Berlin und Brandenburg an Umweltverschmutzung sonst noch produziert wird! Wir sagen es deutlich und wahrheitsgemäß: Das wollen Wowereit, Platzeck und die Vertreter der Parteien in ihrer Funktion als Abgeordnete! Das haben sie so entschieden, weil sie den BBI in Schönefeld wollen. Das sagen sie aber nicht, darüber wollen sie nichts hören! Das ist ihnen auch egal, weil sie selbst nicht Opfer dieser Grausamkeiten sind!

Es ist darum menschenverachtend, zynisch und die Fortsetzung des Volksbetrugs, wenn Wowereit und andere heute mit der Propagandaaussage kommen: Es wird schon alles gut! Wir fordern ja Flugrouten, die so wenig Menschen belasten wie möglich. So wenig wie möglich sind 200.000, das wissen diese Propagandisten schon über 10 Jahre! Und, sie wissen natürlich auch, unter welchen Bedingungen diese Menschen dann leben sollen.

Eine befangene Planfeststellungsbehörde sanktionierte den BBI-Sumpf.

Seit 10 Jahren hat der BVBB immer wieder daraufhin gewiesen, dass die Anhörungsbehörde und die Planfeststellungsbehörde des Landes Brandenburg ihre Entscheidungen in Befangenheiten und Abhängigkeiten treffen musste. Es gehört in das Reich der Märchen eine Behörde für unabhängig und nicht befangen zu deklarieren, deren Dienstvorgesetzter als Gesellschafter der den BBI bauenden Flughafengesellschaft (FBS) den Bau des BBI mit allen Mitteln rücksichtslos durchsetzen will.

Schon ein im Sinne der Gesellschafter vorauseilender Gehorsam reicht. Nicht nur das! Es ist doch mehr als blauäugig anzunehmen, dass die politische Leitung des auch für die Planfeststellungsbehörde zuständigen Infrastrukturministeriums seelenruhig mit angesehen hätte, wie diese Behörde zu einem Planfeststellungsbeschluss kommt, dessen Abwägungsergebnisse zur gleichen Schlussfolgerung gekommen wäre, wie sie im Raumordnungsverfahren (ROV 1994) festgeschrieben war. „Schönefeld ist als BBI-Standort“ ungeeignet, so das Ergebnis des damals verantwortlichen Umweltministers Platzeck (SPD).

**SO MIT UNS
NICHT**

Mit welchen Methoden, Pressionen oder Androhungen dieses Ergebnis um 180° gedreht wurde, kann man nur erraten. Nur die handelnden Vollstrecker dieser 180°-Wende sind bekannt. Ganz im Sinne des obersten Wendehalses Platzeck haben sein damaliger Ministerialdirektor und heutige Staatssekretär Bretschneider - in Funktion des Leiters der Planfeststellungsbehörde - und sein damaliger Ministerialrat Bayr, jetzt Nachfolger von Bretschneider als Leiter der Planfeststellungsbehörde, willig und mit Elan den Willen des Gesellschafters umgesetzt. Heraus gekommen ist ein Beschluss als Fortsetzung des Sumpfes, der die Standortentscheidung, beginnend mit dem Konsensbeschluss (1996), auf dem heute der BBI gebaut wird, legalisiert.

Bretschneider und Bayr, die nun wieder im Sinne von Platzeck die Keule schwingen, haben nach Maßstäben des Beamtenrechts nichts mehr in ihren Ämtern zu suchen. Sie verdanken ihre Existenz Platzeck, der als wahrer Schuldiger an seinem Posten klammert. Als geübter politischer Biedermann wird er es aber schwer haben, weiter zu klammern. Da fehlt ihm der Ausputzer Speer (SPD), der routiniert und rücksichtslos den Dreck erledigt hat, für den sich Platzeck zu fein oder zu feige war.

Jetzt, nachdem es neue Klagen gegen den unter Befangenheit und Tatsachenvertuschung zustande gekommenen Planfeststellungsbeschluss gibt und die vom BVBB organisierte Klage über den Planfeststellungsbeschluss „Nachtflug“ bald verhandelt wird, kommt auch das Bundesverwaltungsgericht (Leipzig) in eine pikante Situation. Es wird sich und der Öffentlichkeit erklären müssen, ob es immer noch nicht erkannt hat, dass es Entscheidungen getroffen hat, die auf dem Sumpf betrügerischer Absichten gründen. Bisher hat das Gericht jedenfalls nicht erklärt, warum es in Kenntnis des Sumpfes nicht schon selbst über Amtsermittlung den Sumpf trocken legen will. So hätte es die Chance einer glaubwürdigen Rechtsprechung ohne sich selbst den Vorwurf der Befangenheit einzuhandeln.

Muss der BBI wirklich weiter gebaut werden?

„Weil in den Standort Schönefeld schon viel Geld gesteckt wurde, muss weiter gebaut werden, darf es keinen Baustopp geben!“ Mir dieser Propagandabehauptung werden nur ängstliche Bürger, naive Vertreter von Bürgerinitiativen und Parteijünger eingeschüchert. Sie sollen nicht darüber nachdenken, was der BBI am falschen Standort wirklich kostet. Sie sollen nicht wissen, dass sie als Steuerzahler über Jahrzehnte einen unwirtschaftlichen Flughafen finanzieren müssen, der nicht einmal die Zinsen und Tilgungskosten erwirtschaften wird, die für Kredite in einer Größenordnung von letztlich sicher 3 Mrd. Euro aufgebracht werden müssen. Diese Kreditfinanzierung ist die Folge einer gescheiterten Privatisierung. Kein privater Investor war bereit, in dieses Milliardengrab Geld zu stecken. Jeder der rechnen kann, Betriebswirtschaft bis zum dritten Semester studiert hat weiß, die billigste BBI-Lösung ist die sofortige Einstellung der Baumaßnahmen. Unwidersprochen und nicht widerlegt hat Dr. Frank Welskop in seinem Buch „BBI - ein neuer Berliner Bankenskandal“ (Homilius -Verlag) den Beweis für das Milliardengrab geführt. Es ist ein Skandal, dass sich Wowereit und Platzeck bis heute weigern, diese gewaltige Fehlinvestition zuzugeben. Denn dann würde klar, der BBI darf nicht weitergebaut werden oder in Betrieb gehen. Er muss umgenutzt werden und ein Neubau in Sperenberg, privat finanziert, an seine Stelle treten. Die Behauptung, Berlin, Brandenburg und der Bund hätten kein Geld, um die Umnutzung zu bewerkstelligen, ist lediglich eine Schutzbehauptung. Politiker, die mal eben Hunderte Milliarden lockermachen, um Banken vor der Pleite zu retten, die durch Fehlentscheidungen wie z. B. zum Berliner Bankenskandal Milliarden Steuergelder aufs Spiel gesetzt haben, haben jedes Recht verloren, die Öffentlichkeit mit der Schutzbehauptung zu täuschen, man habe kein Geld, um die Fehler zu beseitigen, die man selbst zu verantworten hat.

Selbsternannte „Experten, Besserwisser und Wichtigtuere spielen „Zieten aus dem Busch“

Wie Pilze schießen sie aus dem Boden, um zu verkünden, was der BVBB in 12 Jahren Ihrer Meinung nach falsch gemacht hat. Sie wissen es besser- heute! Da muss man fragen, wo waren sie denn, als der BVBB eine dreimonatige Anhörung organisierte, für 260 000 Einwendungen gegen den BBI sorgte, mit 3600 Klägern das umfangreichste Gerichtsverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht organisierte, jüngst Klagen gegen den ergänzenden Planfeststellungsbeschluss „Nachtflug“ auf den Weg brachte? Wer hat denn vor dem Bundesverwaltungsgericht eine Entscheidung gegen den von Wowereit und Platzeck beantragten uneingeschränkten Nachtflug erzwungen? Mit wie viel Geld haben sie sich an den bisherigen Kosten von 2,85 Mill. € beteiligt? Wir fragen auch, wer hat denn außer dem BVBB das ganze Lügen- und Vertuschungsgeflecht um Fluglärmterror und Flugrouten aufgedeckt?

Wie hieß denn die Bürgerinitiative die alleine, in Hunderttausenden von Arbeitsstunden mit ihren ehrenamtlich tätigen Mitgliedern das Geld aufgebracht und die Arbeit geleistet, um auch die Bürger zu schützen, die abseits standen?

Die Antwort auf diese Fragen ist so einfach, wie sie wahr ist: Es war der BVBB! Er war und ist es, der die Basis für den Widerstand gegen den BBI geschaffen und organisiert hat. Von den nun auftauchenden „Zieten aus dem Busch“-Besserwissern war in diesen 12 Jahren nichts Hilfreiches zu sehen und zu hören. Jetzt blasen sie sich auf und glauben mit unverschämten Vorwürfen der bessere BVBB oder mit skurrilen Flugroutenvorschlägen bessere Gutachter als weltweit tätige und renommierte Spezialisten zu sein. Das ist schäbig, unredlich und volksverdummend!

Letzte Meldung:

Die Rechtsanwälte des BVBB (Grawert, Schöning & Partner, Berlin) haben im Auftrag von Klägern des BVBB beim Bundesverwaltungsgericht eine Klage zur Wiederaufnahme des gerichtlichen Verfahrens zur Planfeststellung „Standort BBI-Schönefeld“ eingereicht. Das Bundesverwaltungsgericht wird nun nicht zuletzt im Interesse der Wahrung seines Ansehens und seiner Unabhängigkeit zu befinden haben, ob es seine Entscheidung zum Planfeststellungsbeschluss (16. März 2006) auf der Grundlage unvollständiger und damit manipulierter Angaben getroffen hat. Nach allen Dokumenten, die dem BVBB vorliegen, müsste das Bundesverwaltungsgericht zu den gleichen Erkenntnissen kommen, wie der BVBB: Bei den planerischen Entscheidungen zum BBI-Standort Schönefeld sind den Anwohnern und später auch dem Gericht die wahren Auswirkungen des Flugbetriebes verschwiegen worden.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den BVBB und erkenne die Satzung des Vereins an.

Name _____ Vorname _____

Straße _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geb.-Datum _____ Beruf _____

Tel. privat _____ Tel. dienstlich _____

Fax privat _____ Fax dienstlich _____

Ort / Datum _____ Unterschrift _____

Zusätzliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei Minderjährigen

Beitrag

Der Monatsbeitrag ist in Abhängigkeit der Einkommensverhältnisse gestaffelt.

Bitte kreuzen Sie entsprechend der Höhe Ihres monatlichen Einkommens Ihren gewählten Beitragstarif an.

| | | | | |
|-----|------------|---|--------|--------------------------|
| T 1 | BASISTARIF | Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen über 1.000,00 € | 3,00 € | <input type="checkbox"/> |
| T 2 | ERM. TARIF | Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen unter 1.000,00 € | 1,50 € | <input type="checkbox"/> |
| T 3 | FREITARIF | Mitglieder ohne Einkommen | 0,00 € | <input type="checkbox"/> |

Nach Erhalt der Aufnahmebestätigung bitten wir Sie unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer um Überweisung des Betrages möglichst als Jahres- oder Halbjahresbeitrag auf das

**Spenden- u. Beitragskonto des BVBB:
Volksbank Berlin · BLZ 100 900 00 · Konto-Nr. 7188733004**

**Wir kämpfen weiter!
Helfen Sie uns, weil Ihnen geholfen wird!
Spenden Sie und werden Sie
Mitglied des BVBB!**

**SO MIT UNS
NICHT**